



##Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe

##kommunales Klimaschutzbudget

##Klimaschutz als neue Gemeinschaftsaufgabe

##NiedersachsenZero: erfolgreiche Petition zu Klimaschutz als Pflichtaufgabe(n)

Bundesebene

- Klimaschutzgesetz, mit verbindlichen Klimazielen und Reduktionspfad
- Sondervermögen Klima- und Transformationsfonds (KTF)

Landesebene

- Klimaschutzgesetz in einigen Bundesländern zum Teil mit formulierten Pflichtaufgaben für die Kommunen

Kommunale Ebene

- Klimaschutz vor allem als freiwillige Aufgaben, auch Personal
- Finanzierung: Fördermittel, kommunaler Haushalt, Landesmittel (Konnexität)



1,5-Grad-
Gesetzespaket



Politikgespräche
Austausch mit Ministerien

Bundesebene

Kommunalebene

Landesvernetzung
ungen bei
LocalZero



LocalZero-Teams
Unterstützung durch Zentrale



Klimanotstandspaket

- Kern-Maßnahmen des 1,5 Grad-Gesetzespaketes durch die Z-Bundesebene (Gesetze)
- Bilanzierung: 62% der nötigen Emissionsminderungen (**2009 Mio t**)
- Ziel: Klimaneutralität 2035 / Einhaltung des Restbudgets

Bundeslandvernetzungen bei LocalZero fordern:

- Klimaschutz als Pflichtaufgabe in Landes-Klima-Gesetzen (Beispiel: NiedersachsenZero)

Kommunale LocalZero Teams

- LocalZero Teams in den Kommunen arbeiten für kommunale Klimaneutralität bis 2035.
Hier zeigen sich große Lücken in der Umsetzung. Ein hohes Potential im Klimaschutz liegt in einer verbesserten Finanz- und Personalausstattung.



1,5-Grad-
Gesetzespaket



Politikgespräche
Austausch mit Ministerien

Bundesebene

Kommunalebene

Landesvernetzungen bei
LocalZero

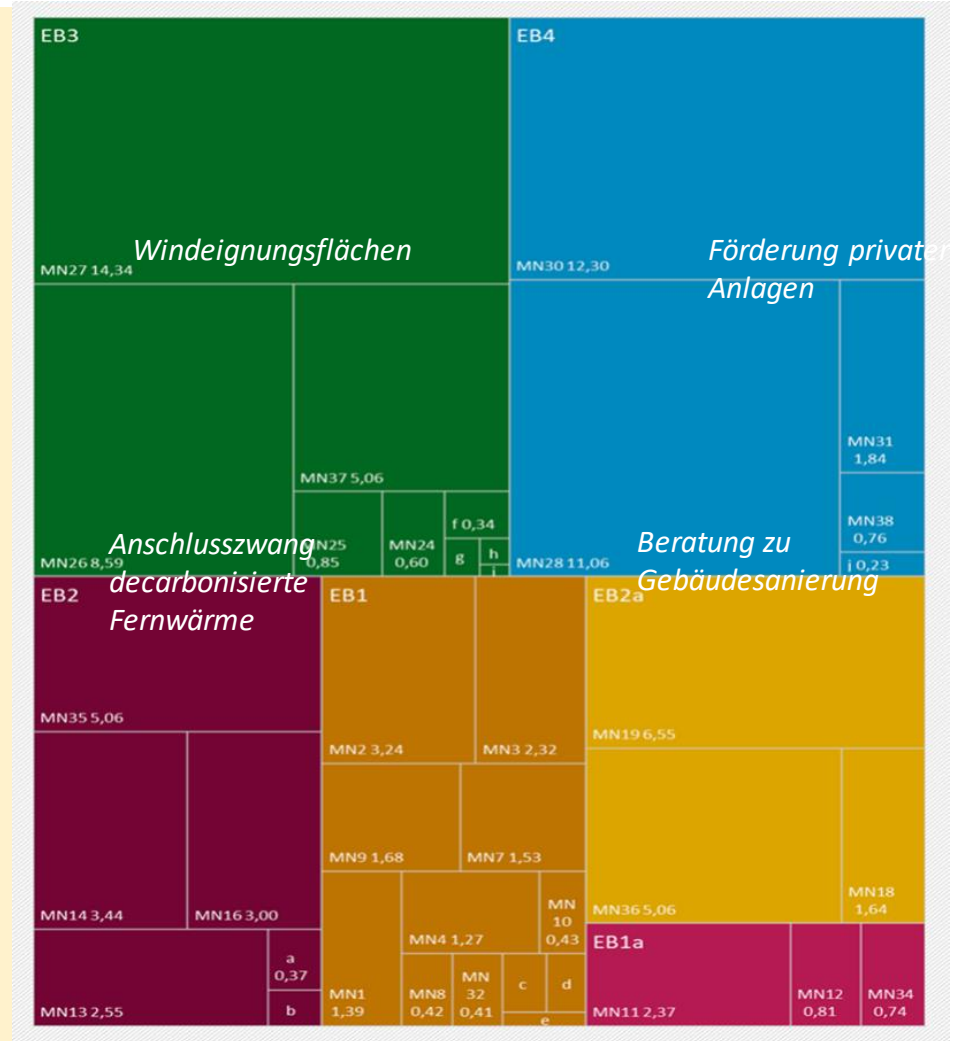


LocalZero-Teams
Unterstützung durch Zentrale



Kommunal mögliche Maßnahmen Eine Meta-Studie des Umweltbundesamtes

- 38 Maßnahmen mit hohem THG Minderungspotential
- Hohe Mindesteinsparpotentiale über kommunale Klimaschutzkonzepte, beispielsweise:
 - Ausweisung von Windeignungsflächen (MN 27)
 - Förderprogramme für private PV-Anlagen (MN 30)
 - Beratung zu Gebäudesanierung (MN 28)
 - Anschlusszwang für Neubauten an decarbonisierte Fernwärme (MN 26)
 - Ausweitung ÖPNV / Radwege (MN 36 / MN 35)
 - Optimierte Deponiegaserfassung und Reduktion der THG-Emissionen um 50% (MN 14)



Wie finanzieren Kommunen diese Maßnahmen und woher kommt das Personal dafür?

Hintergrund I: Kommunale Einflussbereiche

Einflussbereiche	Effektivität des Einflusses		
	Hoch	Mittel	Gering
EB 1. Verbrauchen & Vorbild	<i>Einflussbereich 1:</i> Gebäude und Fuhrpark, weitere Infrastruktur (Straßenbeleuchtung, Abwasserentsorgung) sowie Beschaffung	<i>Einflussbereich 1a:</i> Gebäude und Fuhrpark der kommunalen Unternehmen; dienstliche Mobilität in kommunalen Unternehmen;	
EB 2. Versorgen & Anbieten	<i>Einflussbereich 2:</i> Radverkehrsinfrastruktur; Parkplätze und Verkehrsfläche für Pkw	<i>Einflussbereich 2a:</i> Fernwärme und ÖPNV-Angebot der kommunalen Unternehmen; Abfallentsorgung	
EB 3. Regulieren	<i>Einflussbereich 3:</i> Bauleit- und Flächennutzungsplanung, Bebauungsplanung, Parkraumbewirtschaftung		
EB 4. Beraten & Motivieren		<i>Einflussbereich 4a:</i> Beratung und Information, Förderprogramme für private Haushalte und Gewerbesektor	<i>Einflussbereich 4b:</i> Beratung, Informationskampagnen, Förderprogramme für große, überregionale Unternehmen

Hintergrund II: Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben

Aufgabenübertragungs- oder Durchgriffsverbot,

Art. 84 und Art. 85, GG:

Seit 2006 ist es dem Bund verboten, Aufgaben durch ein Bundesgesetz auf Gemeinden zu übertragen. Die Auferlegung **neuer Pflichtaufgaben** kann **nur durch Landesgesetz** erfolgen.

Konnexitätsprinzip:

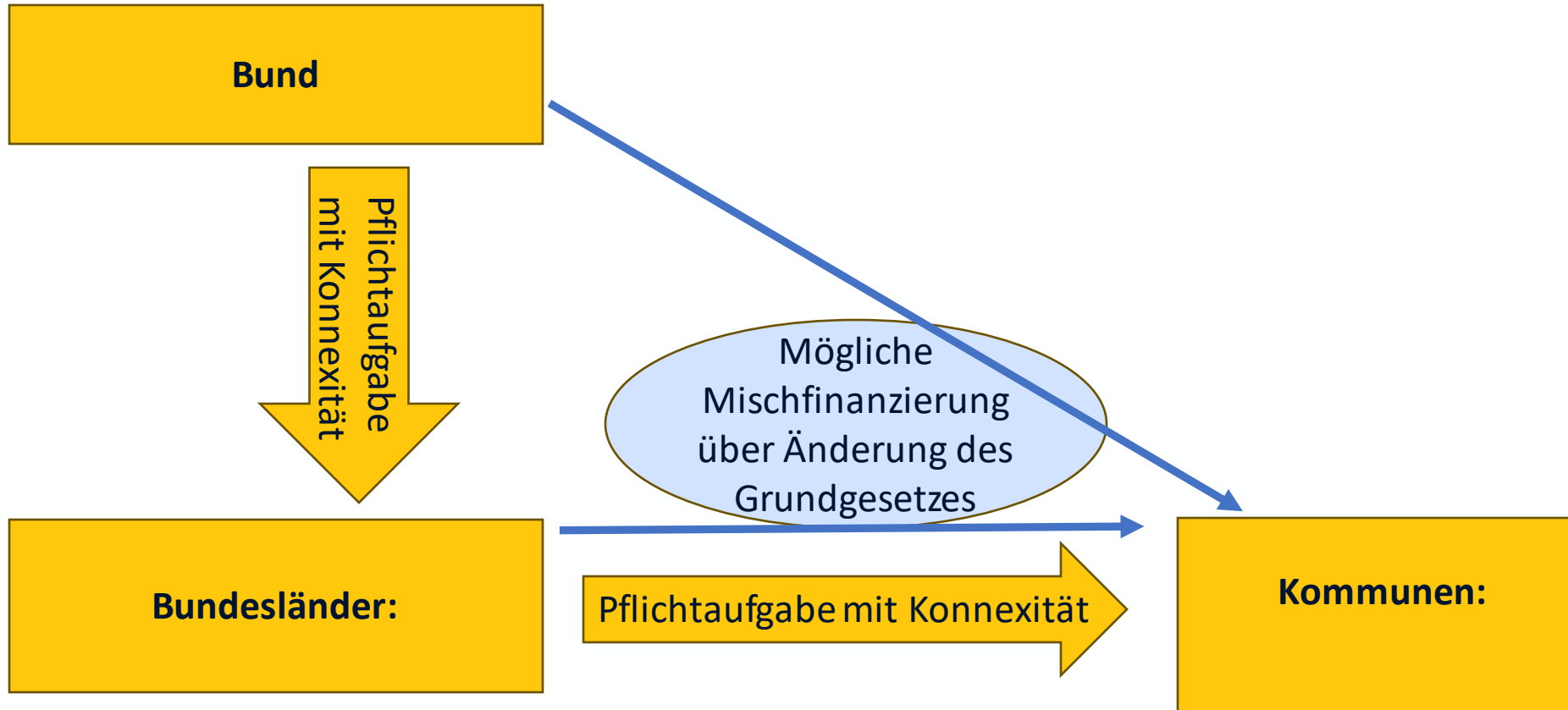
Aufgaben- und Finanzverantwortung gehören zusammen: Die Staats- oder Landesebene, die über eine Aufgabe entscheidet, ist für die Finanzierung zuständig: "Wer bestellt, bezahlt!" (GG Art.104a)

Aufgabenspektrum von Kommunen

Art der Aufgabe	Gestaltungsspielraum von Kommunen	Beispiele allgemein und zum Klimaschutz
Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben	„Ob“ und „Wie“ entscheidet die Kommune	Allgemein: Sport, Kultur Klimaschutz: Entwicklung von Energieberatungsangeboten, Aufbau von Solarkatastern etc.
Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben	„Ob“ ist vorgegeben, über das „Wie“ können Kommunen entscheiden	Allgemein: Abwasserbeseitigung, Schulgebäudebau, Gemeindestraßenbau Klimaschutz: Je nach Gesetzgebung in einigen Bundesländern etabliert, z. B. Energiemanagement, Photovoltaik-Prüfpflicht in Gebäuden
Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung	„Ob“ und „Wie“ ist vorgegeben	Allgemein: Sicherheits- und Ordnungsverwaltung wie z. B. Umsetzung der Straßenverkehrsordnung
Auftragsangelegenheiten	Kommune agiert als unterste Ebene	Allgemein: Pass- und Meldewesen, Standesamt, Gesundheitsamt Klimaschutz: Vollzug im Rahmen des Gebäudeenergiegesetzes

Quelle: ifeu auf Basis des Kommunalwiki der Böll-Stiftung

Pflichtaufgabe und Konnexitätsprinzip



Das Wichtigste in Kürze:

Kommunale Finanzquellen:

- Gewerbesteuer (sehr volatil)
- Kommunaler Finanzausgleich
- kommunaler Anteil an der Einkommenssteuer und an anderen Gemeinschaftssteuern
-

Das knappe kommunale Budget

muss in erster Linie für die pflichtigen Aufgaben verwendet werden.

→ Wettbewerb der freiwilligen Aufgaben um Investitionsmittel und Personalstellen

→ Im Notfall mieten Kulturbeauftragte Flüchtlingswohnungen an oder KSM kontrollieren Coronanachweise

Aufgabenübertragungsverbot des Bundes an die Kommunen

Der Bund kann neue Pflichtaufgaben nur an die Länder übertragen

Klimaschutz durch Bundes-Fördermittel?

Fördermittel des Bundes und der Länder sind punktuell und befristet. Sie ermöglichen keine systematische, langfristige Planung und Umsetzung---es gibt kein Klimaschutzbudget

Es gibt keine Institutionalisierung von Klimaschutz auf kommunaler Ebene

Lösung 1: Das Klima-Bündnis-Positionspapier



Entwickelt von Klima-Bündnis-Geschäftsstelle,
Mitgliedskommunen und Partnerorganisationen

Forderungen:

- ✓ Klimaschutz und -anpassung müssen flächendeckend als kommunale Pflichtaufgaben verankert werden
- ✓ Ausreichende Bund-Länder-Finanzierung

Unterstützt von:



Forderung 1:
Klimaschutz als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung

Forderung 2:
kommunale Klimaschutzpläne

Forderung 3:
Klimaneutrale Kommunalverwaltung

Forderung 4:
Grundfinanzierung für Invest und Personal

Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen,
Verordnungen und Fachgesetze

Lösung 2: Konzept des deutschen Städtetages:

"Kommunalen Klimaschutz klug fördern"
Ein Finanzierungsvorschlag des Deutschen Städtetages



<https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Weitere-Publikationen/2022/kurzbroschuere-kommunalen-klimaschutz-klug-foerdern-2022.pdf>

Deutscher Städtetag

Kommunalen Klimaschutz klug fördern

- Ersetzt die bisherigen Fördermittel als feste Klimaschutz-Budgets
- Zugriff ähnlich Fördermittel, Auszahlung nur nach Klimawirksamkeit
- Budgethöhe nach Einwohnerzahl
- Kombianträge möglich: Bsp: Stadt-Umland-Kooperationen (ÖPNV)
- Personalkosten und Konzeptentwicklung werden ebenfalls gefördert
- Prüfung durch externe Gutachter /Auszahlung nach Projektfertigstellung

Lösung 3: Rechtsgutachten der Klima-Allianz:

„Allen Kommunen sozial gerechten Klimaschutz ermöglichen

Bewältigung der Klimakrise muss Gemeinschaftsaufgabe werden“



Forderungspapier, Rechtsgutachten und Pressekonferenz:

klima-allianz.de/news/detail/rechtsgutachten-klimaschutz-und-anpassung-gehoren-als-gemeinschaftsaufgaben-ins-grundgesetz

Forderungspapier:

#Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)
#seine Mitgliedsgewerkschaften IG BAU und ver.di
#die Deutsche Umwelthilfe
#Germanwatch
#die Klima-Allianz Deutschland
#das Klima-Bündnis,
#das Institut für Kirche und Gesellschaft
#Misereor
#WWF Deutschland



**fordern gemeinsam die Bundesregierung und die Bundesländer auf,
Kommunen zu kommunalen Klimaschutz- und Klimaanpassungsaufgaben
zu verpflichten und diese auch zu finanzieren.**

4) Grundgesetzänderung: Ergänzung des 91 a GG

Ergänzung des Art. 91 a GG (Gemeinschaftsaufgabe) um eine Nr. 3:

(1) Der Bund wirkt auf folgenden Gebieten bei der Erfüllung von Aufgaben der Länder mit, wenn diese Aufgaben für die Gesamtheit bedeutsam sind und die Mitwirkung des Bundes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist (Gemeinschaftsaufgaben):

1. Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur,

2. Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes,

3. Verbesserung der Klimaschutzmaßnahmen und Anpassung an den Klimawandel

Grundgesetzänderung

Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern, die transparent gesetzlich geregelt ist (vergl. Digitalisierung der Schulen).

Exkurs: Das Finanzverfassungsgesetz soll letztlich erreichen, dass der Bund nicht alles übernimmt und die Länder Finanzgewalt behalten, um zentralistische Tendenzen zu verhindern

Klimaschutz unter Zeitdruck: transparente Mischfinanzierung, die im GG festgelegt ist, ermöglicht rechtssichere Finanzierung von Zukunftsaufgaben.

Alternative: Klimaschutzgesetz des Bundes bleibt ein Papiertiger

NIEDERSACHSENZERO



German
Zero



BUNDESVERBAND
KLIMASCHUTZ



Klima-Bündnis

- ✓ **Gründung:** Vor den Landtagswahlen Oktober 2022
- ✓ Dann: **Politik- und Expert*innengespräche**
- ✓ Februar 2023: Start: **PETITION "NOVELLIERUNG DES NIEDERSÄCHSISCHEN KLIMAGESETZES"**,
PETITIONSNUMMER: 00077/89/19
- ✓ Mai 2023: **Petitionsausschuss**
- ✓ August 2023: **Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz** zur Beratung des Entwurfs der
Novellierung des NKlimaG
 - ✓ **Stellungnahme** mit 10 Vorschlägen für die Verankerung von kommunalem Klimaschutz ins
NKlimaG



Leicht umsetzbar	Mittel umsetzbar	Schwieriger umsetzbar
V1 Klimaschutzkriterien für Fördermittelprogramme	V6 Ämter für Regionale Landesentwicklung weiter ausbauen und Klimaschutz in kommunalen Verwaltungen etablieren	V9 Planungsgesetze brauchen Umsetzungsgesetze V9.1 Pflichtaufgabe kommunale Wärmeplanung ausweiten V9.2 Sektorziele mit Klima-Maßnahmen-Register & Monitoring V9.3 Ergänzung von Fachgesetzen
V2 Erstellung von kommunalen Klimaschutzplänen für alle Akteure der Kommune V2.1 Regelmäßiger Austausch zwischen Kommunen V2.2 kommunale Öffentlichkeitsarbeit V2.3 Beteiligungsformate	V7 Weitere Einzelpflichtaufgaben V7.1 Klimamobilitätspläne V7.2 Transformation im Wirtschaftssektor fördern V7.3 Dach- und Fassadenbegrünung	V10 Einführung Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe V10.1 Druck auf die Bundesebene ausüben, um Finanzierung für Klimaschutz zu erwirken
V3 Standardisierungen V3.1 für Klimaschutzpläne V3.2 für THG-Bilanzen V3.3 für Maßnahmen und Gesetze für kommunale Räte und Gremien V3.4 Musterpläne und –Anträge für kommunale Verwaltungen V3.5 Klima Budget mit Katalog für Klimaschutzmaßnahmen in Kommunen	V8 Finanzierungsmaßnahmen V8.1 Überprüfung des Haushalts auf Klimaschutzkriterien und die Umschichtung von Geldern V8.2 Einführung eines Klimabeitrags V8.3 Einführung eines Klimafonds V8.4 Einführung eines Klimabudgets V8.5 Einführung eines CO2 Schattenpreises V8.6 Einführung des Klima-Bonus	
V4 Klimarelevanzprüfung / Klima-Check auf kommunaler Ebene		
V5 Vorziehen der Fristen aktueller Pflichtaufgaben		



NiedersachsenZero – Klimaschutz als Pflichtaufgabe(n)



- **Verschärfung und Erweiterung von Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe(n) im NKlimaG**
 - Politikgespräche Expert*innengespräche
 - Offener Brief und **Petition**
- **Kernforderungen**
 - Kommunen müssen unterstützt werden, um Klimaneutralität und Klimaschutz vor Ort umsetzen zu können
 - Klimaschutz muss Querschnittsaufgabe werden
 - **Personal muss ausgebaut, Standardisierungen eingeführt und die Finanzierung gewährleistet werden**
 - Kritik NKlimaG: Pflichtaufgaben müssen schneller angegangen und umgesetzt werden. Es fehlen Bereiche, wie z.B. Mobilität.



FAZIT:

Eine Änderung des GG, wie im vorgestellten Rechtsgutachten vorgeschlagen, ist eine unabdingbare Lösung, die Umsetzung ist jedoch nicht absehbar.

Das Bundesverfassungsgericht urteilte 2021, dass Klimaschutz eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen ist. Dies ist bisher nicht ausreichend angegangen worden.

Bis Klimaschutz als neue Gemeinschaftsaufgabe im GG verankert ist, stärkt die Forderung nach Klimaschutz als Pflichtaufgabe(n) in den Landes- und/oder Bundesgesetzen die Position der Kommunen - wie auch in der Petition von NiedersachsenZero umgesetzt.

Der Weg über die Landes- bzw. Bundesgesetze unterstützt die Kommunen darin, kommunalen Klimaschutz personell und finanziell auskömmlich umsetzen zu können.



German Zero



**Danke für Euer Engagement und Eure
Beteiligung,
bis bald!!!**



Studien und Links

Dezernat Zukunft: „Kommunale Klimaschutzinvestitionen und deren Finanzierung“

<https://www.dezernatzukunft.org/kommunale-klimaschutzinvestitionen-und-deren-finanzierung/>

Umweltbundesamt : „Klimaschutzpotenziale in Kommunen“ Quantitative und qualitative Erfassung von Treibhausgasminderungspotenzialen in Kommunen

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/klimaschutzpotenziale-in-kommunen>

UBA: factsheet „Klimaschutzpotenziale in Kommunen“

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2022-12-15_factsheet_klimaschutzpotenziale_in_kommunen.pdf

Energy-Cities.EU: Personalwesen in den Kommunalverwaltungen der Fachkräfteengpass bei der Umstellung des Gebäudebestandes, April 2022

<https://energy-cities.eu/>

Energy-Cities: Manifest:

<https://www.localstaff4climate.eu/de/das-manifest/>

Positionspapier des Klima-Bündnis:

Blogartikel und Verlinkung:

<https://germanzero.de/blog/klimaschutz-als-pflichtaufgabe>

Rechtsgutachten Klima-Allianz:

<https://www.klima-allianz.de/publikationen/publikation/klimaschutz-und-klimaanpassung-als-kommunale-pflichtaufgaben-verankern>

Deutscher Städtetag: Forderung nach einem Klimaschutzbudget:

<https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Weitere-Publikationen/2022/kurzbrochuere-kommunalen-klimaschutz-klug-foerdern-2022.pdf>

Weitere Quellen

DStGB

03.01.2022, Zukunftsplan Deutschland

<https://www.dstgb.de/publikationen/pressemitteilungen/zukunftsplan-deutschland/>

DStGB und Verdi, 22.06.2021:

<https://www.dstgb.de/themen/finanzen/kommunal финанzen/ver-di-und-der-dstgb-fordern-zweiten-rettungsschirm/2021-06-22-verdi-dstgb-gemeinsame-erklaerung-rettungsschirm-kommunen.pdf?cid=grs>

KfW Research 350:

"5 Bio EUR klimafreundlich investieren - eine leistbare Herausforderung": <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2021/Fokus-Nr.-350-Oktober-2021-Investitionsbedarfe-Klimaneutralitaet.pdf>

Lebenswerte Städte:

Über 550 Städte (Stand Anfang 2023) engagieren sich gegenüber dem Bund dafür, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden dürfen, wann und wo welche Geschwindigkeiten angeordnet werden:

<https://www.lebenswerte-staedte.de/>

NiedersachsenZero mit Petition:

<https://niedersachsenzero.de/ueber-uns/>

<https://niedersachsenzero.de/petitionstext/>